

QUELL

PAPERBACK

Der Jugend eine **CHANCE**

Perspektiven – Forderungen – Modelle



Von Dieter Albert, Thomas Feltes, Hans Hatzl,
Helmut Hekmann, Klaus Heimann, Peter-Werner Kloas,
Michael Mangold, Richard Münchmeier, Ernst Mutscheller,
Susanna Schagerl, Paul Schobel, Rudolf Topeters.

Stephan Braun · Matthias Klopfer · Peter Thomas (Hg.)

Thomas Feltes

Kinder- und Jugendkriminalität – Fakten und Hintergründe

Statt einer Vorbemerkung

»An alle Eltern, Bullen und an all die anderen, die uns vielleicht verachten.

Manchmal bist Du ganz alleine inmitten von Tausenden, die sich Freunde nennen. Liegt es an dem Joint, den Du vorhin geraucht hast? Oder etwa daran, daß es AUF DER STRASSE eben doch keine richtigen Freunde gibt? Und überhaupt, AUF DER STRASSE, wie hört sich das denn an? Ist es so, wie es ist, oder ist alles anders? Stimmt alles, was über GHETTOS gesagt wird, in Wirklichkeit doch? Aber Du bist hier groß geworden, hast hier das erste Mal richtig gelebt, geliebt, gehaßt und geträumt, hast hier Freunde gefunden. ...

Was ist mit den ganzen Gerichtsterminen wegen Überfällen, Autoklau und versuchten Totschlags? Was empfindest Du, wenn jemand, dem Du nahestehst, in den Knast muß und trotzdem nicht aufhört, Scheiße zu bauen? Was willst Du denn tun? Ihn anflehen (unter Tränen), damit aufzuhören? Doch was nützt es? Du bist einmal drin in der ganzen Scheiße und kommst nie wieder raus. So sehr Du es auch versuchst. Es ist schließlich Dein LEBEN, Deine FREUNDE. Willst Du, kannst Du das alles aufgeben?

Woran glaubst Du? Woran kannst Du noch glauben, nachdem Du das alles gesehen hast? An Deine Eltern?! An Gerechtigkeit?! An GOTT?! NEIN.

Worauf hoffst Du? Auf ein Leben ohne das alles? Auf ein Leben, das gerecht ist, ohne Geschäfte, Drogen, ohne Blut, Blut auf Deinen Händen, ohne heimliche Tränen auf Deinem Gesicht? Auf ein Leben mit wirklichen FREUNDEN, voller Vertrauen? Auf ein Leben, in dem Du eine Chance hast, auch als »Straßenkind«

»Ghettokind«? Auf ein Leben ohne den Kampf ums Fressen oder Gefressenwerden? Auf ein Leben mit Verständnis? JA!

Aber Du bist gefangen in all den Vorurteilen Deiner Umwelt. Und Du bist trotz all der FREUNDE so allein. Nur Du allein kannst es schaffen, den Absprung. Aber Du hast Angst. Das, all das hier, ist schließlich Dein LEBEN. ...

Warum ist das alles so? Warum baut man Scheiße? Aggressionen, Haß, Unzufriedenheit und Unsicherheit. Um auf sich aufmerksam zu machen: Hallo, hier sind wir! – Habt Ihr uns denn ganz vergessen? Haß auf die Gesellschaft, die uns verachtet. Aus Trotz, um Macht zu haben. Über Schwächere, über Bullen, die es so oft nicht schaffen, uns abzupacken. Jeder hat Angst vor uns GHETTOKIDS.

Man fühlt sich stark, sicher, frei und ungebunden.

Doch dann kommen die Zweifel. Wenn die kleinen Geschwister schon rauchen, kiffen, saufen, Scheiße bauen. Du denkst: »Es ist Deine Schuld. Du warst das Vorbild, so cool, unnahbar und unberechenbar.« Du fühlst Dich schlecht. Und dann kommen die Sehnsüchte. Nach einer heilen Familie, nach Liebe und Trost. Doch wo sollst Du Liebe herkriegern, ist ja keiner da. Nur Deine FREUNDE und DIE STRASSE.«

Das Zitat stammt von einem 17jährigen Hamburger »Straßenkind«, und wurde im August 1997 im »Hinz & Kunz«, dem Hamburger Straßenmagazin, veröffentlicht.

Begegnungen zwischen Polizei und Jugendlichen

Die Freunde, die Straße – und die Bullen. Für viele Kinder und Jugendliche, die »mit dem Gesetz in Konflikt geraten«, wie man so sagt, sind »die Bullen« wichtige, manchmal auch die einzigen Bezugspersonen.

Die erste Erfahrung, von einem Polizeibeamten erwischt zu werden, prägt. Vielfach ist das, was zwischen einem Jugendlichen und einer Polizeibeamtin oder einem Polizeibeamten in einer solchen Konfliktsituation abläuft, prägender und für den Jugendli-

chen subjektiv wichtiger als spätere Gespräche oder Sanktionen. Das Jugendstrafverfahren hat für viele Jugendliche oftmals eine marginale Bedeutung, weil es meist Monate oder Jahre später stattfindet und oftmals eine Sanktion verhängt wird, die in keinerlei Beziehung zur ursprünglichen Tat mehr steht – weil inzwischen wieder viel Neues, vielleicht Positives, meist aber Negatives passiert ist.

Obwohl die meisten Polizisten erkennen, daß die Straftat oder der Konflikt, in den sie einbezogen werden, oftmals nur die Spitze eines Eisbergs sozialer Probleme ist, sind ihnen in den meisten Fällen die Hände gebunden – in vielfacher Hinsicht. Im Ergebnis verschließen sie dann die Augen, um nicht vor der eigenen Hilflosigkeit und der Begrenztheit polizeilicher und strafrechtlicher Maßnahmen kapitulieren zu müssen. Manche bauen dann auch ein individuelles Schutzschild um sich herum auf, weil sie anders die verschiedensten Anforderungen und Probleme des polizeilichen Alltags, die bei Familienstreitigkeiten, Suiziden, schweren Verkehrsunfällen und letztlich auch Straftaten an sie herangetragen werden, nicht bewältigen können.

Dieses Schicksal teilen sie im übrigen mit vielen Vertretern sozialer Berufe, wie überhaupt die Berufsmotivation zwischen kontrollierenden und sozialisierenden Berufen sehr ähnlich ist: Von den beiden von mir vor mehreren Jahren untersuchten Gruppen (Polizisten und Sozialarbeiter) hatten jeweils mehr als 90 Prozent ihren Beruf gewählt, »um anderen Menschen zu helfen...«.

Jugend scheint in unserer Gesellschaft (wieder einmal) zum Problem zu werden. Gewalttätige Kinder und Jugendliche füllen die Schlagzeilen – Mehmet läßt grüßen. Zu Recht? Sind unsere Kinder und Jugendlichen tatsächlich so kriminell, wie uns glauben gemacht wird? Wo oder besser gesagt, bei wem liegt das Problem? Natürlich bei den Jugendlichen, denn sie sind krimineller und gewaltbereiter geworden, wie Statistik und Medien und auch einzelne Wissenschaftler glauben uns nachweisen zu können.

Das Risiko eines Kindes, von einem Erwachsenen sexuell mißbraucht zu werden, ist nach den offiziell registrierten Zahlen um ein Vielfaches höher als das eines Erwachsenen, von einem Jugendlichen beraubt zu werden. Aber:

Dabei muß man davon ausgehen, daß die Dunkelziffer beim sexuellen Mißbrauch wesentlich höher ist als beim Raub, d. h. daß wesentlich weniger Fälle des sexuellen Mißbrauchs der Polizei gemeldet werden.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) ist so ziemlich die unzuverlässigste Grundlage für empirischen Aussagen. Nicht nur, daß die Erfassungsgrundlagen häufig mangelhaft sind – nach einer Hamburger Studie liegen bei mehr als der Hälfte der PKS-Daten Fehlerfassungen vor, und besonders bei ausländischen Tatverdächtigen ist die PKS absolut unbrauchbar –, ein Zeitreihenvergleich anhand von PKS-Daten berücksichtigt vor allem nicht den Umstand, daß es sich bei dieser Statistik um eine Anzeigestatistik handelt, d. h. daß hauptsächlich solche Taten »erfaßt« werden, die von betroffenen Opfern, Zeugen oder anderen Personen zur Polizei gebracht werden. Damit sind diese Personen die entscheidenden Filter, die aus einer Straftat, die begangen wird, eine polizeilich registrierte Tat werden lassen.

Dort, wo nicht nur die polizeilich registrierten Taten erfaßt werden, sondern auch (über eine repräsentative Opferbefragung) das tatsächliche Opferwerden, zeigen sich aber dramatische Unterschiede und auch zum Teil gegenläufige Entwicklungen: Während z. B. in den USA die polizeilich registrierten Straftaten in den letzten 20 Jahren beständig angestiegen sind, ist die Zahl der bei den Opferbefragungen erfaßten Personen bzw. Haushalte, die Opfer einer Straftat wurden, rückläufig gewesen.

Während in Deutschland die Zahl und der Anteil der polizeilich registrierten Jugendlichen und Heranwachsenden in den letzten Jahren deutlich angestiegen ist, trifft dies nicht zu für die von Gerichten verurteilten Personen. Dies gilt auch für schwerere Straftaten wie z. B. Raub oder gefährliche/schwere Körperverletzung.

1996 wurden knapp 16000 Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren nach Jugendstrafrecht verurteilt. Dabei erfolgen mehr als die Hälfte dieser Verurteilungen wegen Diebstahl und Unterschlagung, rund ein Drittel wegen einfachem Diebstahl (in der Regel Ladendiebstahl). Im gleichen Jahr wurden aber über 130000 Jugendliche dieser Altersgruppe von der Polizei als Tatverdächtige registriert. Selbst wenn man die zeitliche Verschiebung zwischen polizeilicher

Registrierung und Verurteilung berücksichtigt, bleibt eine »Schwundquote« von über 85 Prozent. Auch wenn sich die Zahlen der polizeilichen und der gerichtlichen Statistik nur schwer miteinander kombinieren lassen, so bedeutet dies dennoch, daß von 100 tatverdächtig registrierten Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren lediglich 12 bis 15 von Gerichten verurteilt werden. Die restlichen Verfahren werden entweder von der Staatsanwaltschaft oder dem Gericht eingestellt oder es werden Verfahren miteinander verbunden o. a. Zudem: Nur rund 10 Prozent der Straftaten Jugendlicher werden »entdeckt«, d. h. der Polizei gemeldet. Im Ergebnis bedeutet dies, daß auf 100 Taten etwa eine Verurteilung kommt.

Nebenbei: Diese Zahl ist aber bei Jugendlichen keineswegs deutlich geringer als bei anderen Altersgruppen. Insgesamt erfolgten z. B. 1996 bei 2213293 Tatverdächtigen lediglich 511 818 Verurteilungen (ohne Straftaten im Straßenverkehr). Bei einzelnen Delikten liegt die »Verurteiltenquote« sogar unter 10 Prozent.

Nochmals: Ohne darüber wirklich entscheiden zu können, ob eine als solche wahrgenommene Zunahme von Gewalt in bestimmten Lebensabschnitten tatsächlich besteht, möchte ich auf folgendes hinweisen: Die Fokussierung der Jugendgewalt durch die Erwachsenenwelt hat auch eine gewisse Rechtfertigungs- und Entlastungsfunktion.

Verschleiert wird damit, daß die Bedingungen zur Entstehung von Jugendkriminalität – das kriminogene gesellschaftliche Klima – zu einem wesentlichen Teil von der durch Erwachsene konstruierten und beherrschten Lebenswelt geschaffen werden. Verschleiert wird weiter die Zunahme der subtilen, in gesellschaftlichen Strukturen angelegten Gewalt der Erwachsenen (s. o.).

Dennoch: Jugendliche werden immer häufiger Opfer von Straftaten

Auf der anderen Seite zeigen aktuelle Studien zum Opferwerden, daß Jugendliche offensichtlich in den letzten Jahren zunehmend Opfer von Straftaten werden bzw. solche (bei Opferbefragungen) berichten.

Dabei zeigt sich, daß die Mehrzahl der Taten gegen Jugendliche

von Personen der gleichen Altersgruppe, also ebenfalls von Jugendlichen, begangen werden.

Bei der von uns 1994 durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsbefragung in drei Städten stellte sich heraus, daß junge Menschen wesentlich häufiger als andere Altersgruppen davon berichten, Opfer einer Straftat geworden zu sein. So gaben bis zu 58,5 Prozent der (männlichen) 14- bis 24-jährigen an, in den letzten 12 Monaten Opfer geworden zu sein. Besonders auffällig ist dabei, daß die hohe Belastung der 14- bis 24-jährigen Männer zur Hälfte auf Gewaltdelikte zurückgeht.

Zudem stellten wir fest, daß Jugendliche relativ häufig Angst vor einer Opferwerdung in der eigenen Wohngegend haben – ein Phänomen, das wir von Erwachsenen nicht kennen, dort ist es eher umgekehrt, d. h. die eigene Wohngegend wird unabhängig von der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung eher als sicher eingestuft, die »fremde« Wohngegend eher als »gefährlich«.

Insofern wundert es nicht, daß gerade Jugendliche ein häufigeres Streifegehen der Polizei im eigenen Wohngebiet befürworten (59 Prozent der männlichen 14- bis 24-jährigen und 54 Prozent der weiblichen Personen dieser Altersgruppe plädieren dafür).

Als Gründe für die (unterstellte) Zunahme der Kriminalität wurden bei einer repräsentativen Befragung aller Altersgruppen vornehmlich die (Jugend-)Arbeitslosigkeit, die ökonomische und soziale Entwicklung, ein unzureichendes Kultur- und Freizeitangebot (vor allem für junge Menschen) und anderes mehr genannt – nur 4 Prozent der Nennungen (hier in Ravensburg/ Weingarten) sehen in »zu wenig Polizei« die Ursache für eine (angenommene) ungünstige Kriminalitätsentwicklung.

Auf der anderen Seite glauben 28 Prozent der Befragten, daß durch polizeiliche Kontrolltätigkeit die Kriminalität verhindert werden könnte. Damit wird ein Dilemma (oder sogar ein Paradoxon) deutlich, daß von den Bürgern als Ursachen für die (vermutete) Zunahme von Kriminalität vor allem ökonomische und strukturelle Ursachen genannt werden, während zur Beseitigung dieser Kriminalitätsprobleme am häufigsten der Ausbau der polizeilichen Präsenz vorgeschlagen wird. Wenn man so will, haben die Bürger die gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen internalisiert, wo-

nach mehr Polizei und härtere Strafen (alle) Kriminalitätsprobleme lösen können, obwohl ihre eigene Analyse der Situation in ganz andere Richtungen weist und damit wohl auch richtig liegt.

Daß im übrigen die gewünschte polizeiliche Präsenz kaum finanzierbar ist, sei nur am Rande bemerkt. Wenn eine Gemeinde auch nur einen einzigen Polizeibeamten mehr rund um die Uhr verfügbar haben will, so kostet dies – unter Berücksichtigung entsprechender Ausfälle durch Schichtdienst, Urlaub, Ausbildung etc. – pro Jahr circa eine Million DM. Dabei wird zudem verkannt, daß die Chancen für einen Polizeibeamten, einen »Täter in Aktion« zu erleben, äußerst gering sind. In der größten badenwürttembergischen Stadt muß ein Schutzpolizeibeamter im Schnitt 1500 Schichten (oder mehr als fünf Jahre) absolvieren, um eine Festnahme nach einem Einbruch zu tätigen.

Unter den Nennungen der Befragten in Ravensburg und Weingarten zu den drei dringendsten Problemen ihrer Gemeinde entfällt im übrigen nur etwa jede zehnte auf Kriminalität. Die Jugendkriminalität wird dabei nur von 0,2 Prozent der Befragten eigens genannt. Weitau häufiger genannt (zwei Drittel der Nennungen) wurden dagegen Probleme der allgemeinen gemeindlichen Infrastruktur, hier allen voran das Verkehrsproblem, auf das 29 Prozent der Problemnennungen entfallen, sowie Wohnungsnot, Arbeitsplatzmangel und unzureichendes Freizeit-, Kultur- und Sportstättenangebot. Bei der jährlich bundesweit durchgeführten Befragung der R+V-Versicherungen rangiert das Problem »Kriminalität« (bei offener Frage!) nur auf Platz 12 – deutlich hinter der Arbeitslosigkeit und anderen Problemen, die die Bürger offensichtlich tatsächlich bedrücken.

Festzuhalten ist also, daß die PKS ein ziemlich ungeeignetes Meßinstrument ist, da sie nur einen Bruchteil der tatsächlich begangenen Delikte erfaßt und entscheidend vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung und damit von Faktoren abhängig ist, die wiederum für sich gesellschaftspolitisch Wandel unterliegen oder unterliegen können.

Zudem gilt: Die überwiegende Mehrzahl der bei der Polizei auffällig werdenden Kinder und Jugendlichen wird einmal oder höchstens zweimal auffällig. Nur ein geringer Prozentsatz (zwischen 5

und 10 Prozent) kann als »Mehrfachtäter« bezeichnet werden. Kriminalität ist nach wie vor im Jugendalter ebenso ubiquitär wie epidemisch, das heißt: es »trifft« viele (wenn auch nicht alle), bleibt aber für die meisten (zum Glück) folgenlos. Bei der Reaktion auf abweichendes Verhalten Jugendlicher sollte unterschieden werden zwischen Tätern, die ein- bis dreimal auffällig werden, und solchen, die als »Mehrfachtäter« angesehen werden können.

Das Problem dabei besteht darin, daß es bis heute weder angemessene Prognosekriterien gibt, um Mehrfachtäter rechtzeitig zu bestimmen, und daß zum anderen bei bereits etablierten Mehrfachtätern die negativen Folgen staatlicher Interventionen noch deutlicher ausfallen als bei den anderen. Vor allem ist aber auf folgendes hinzuweisen:

Erwachsene und nicht Jugendliche sind die typischen Täter der eher schwereren Straftaten. Gesellschaftlicher Schaden wird vor allem durch ihre Taten verursacht. Zudem:

Gewalt findet in unserer Gesellschaft vor allem in der Familie statt. Drei von vier Einsätzen der Polizei in Stuttgart, die eine Körperverletzung oder andere Gewalttätigkeit zum Anlaß haben, gehen in die Familie. Kinder und Jugendliche sind häufiger Opfer als Täter.

Ursachen und sogenannte »Gefährdungen«

Die Suche nach Ursachen für abweichendes Verhalten ist zumindest so alt wie die Psychologie, Soziologie oder Kriminologie (wenn nicht sogar so alt wie die Menschheit, man denke nur an Adam und Eva, Kain und Abel...), und sie ist ebenso erfolglos geblieben. Theorien sind abhängig vom Zeitgeist, von politischer Einflußnahme, der Qualität der sie Entwickelnden oder anderen Modetrends. Gegenwärtig zählen hierzu: Wertewandel, Armut, Desorientierung, Zukunftsangst, veränderte Lebensverhältnisse, Individualisierungsprozesse, Normdiffusion (Normen verlieren an Verbindlichkeit) und andere mehr oder weniger schöne Schlagworte, die empirisch nicht belegbar und wohlfeil von tatsächlich nachhaltigen Lösungen ablenken, weil es sich hierbei

um kaum steuerbare, zumindest nicht kurzfristig veränderbare Phänomene oder Entwicklungen handelt.

Alle genannten Faktoren oder Erklärungen sind weder notwendige noch hinreichende Bedingungen für Kriminalität. Die entscheidende Frage nach stabilisierenden Faktoren wird nicht gestellt und zum Beispiel auch viel zu selten in Jugend(gerichts)-hilfeberichten aufgeworfen. Bei weitem nicht alle, die arm sind, klauen, und nicht alle Straßenkinder morden und rauben. Interessant wäre zu wissen, warum die deutliche Mehrzahl auch der sogenannten »belasteten« Kinder und Jugendlichen nicht oder zumindest nicht dauerhaft kriminell wird.

Eine Rolle spielt auch hier die Konfliktfähigkeit der Bevölkerung und die insgesamt vorhandene Stabilität gesellschaftlicher Verhältnisse: Je stabiler, desto konfliktfähiger, desto mehr Potential zur Selbstbewältigung von Problemen und desto geringer ist die Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung.

Umgekehrt gilt für (potentielle) Täter: Je weniger konfliktfähig etc. eine Gesellschaft ist, um so eher läßt sie sich provozieren und bietet die Möglichkeit, über Devianz die Anerkennung zu finden, die anderweitig versagt wird.

Insgesamt mangelt es eindeutig nicht an Analysen, sondern an (sozial-)politischen Konsequenzen aus diesen Diskussionen.

Präventionsansätze

(Jugend-)Strafrecht ist das ungeeignetste Präventionsmittel, weil a) es keine spezialpräventiven Wirkungen hat, weil b) die generalpräventiven Wirkungen im Bereich der Abschreckung maßlos überschätzt werden und weil c) die normfestigende Wirkung zwar vorhanden, aber deutlich schwächer ist als andere Faktoren (wie Familie, Peergroup etc.).

Das Jugendstrafrecht ist Strafrecht, seine Anwendung ist staatliches Sanktionieren. Jugendstrafrecht ist kein Instrument sozialpädagogischer Hilfe. Es muß daher ultima ratio bleiben. Strafe darf nicht als Wohltat verkauft werden und umgekehrt Hilfsmaßnahmen nicht als Strafe deklariert werden.

Entscheidender als die Art und Höhe einer Strafe ist die Sicherheit und Schnelligkeit, mit der eine Reaktion auf eine Straftat erfolgt. Ebenso spielt es (sozial- wie individualpsychologisch) eine wichtige Rolle, ob die Art und Weise der Reaktion sowie die Reaktion selbst von dem/der Betroffenen akzeptiert wird, d. h. hier kommt es darauf an, wie von kompetenten Personen, denen persönliche Integrität sowie Sach- und Fachautorität unterstellt wird, reagiert wird.

»Nicht die Jugendlichen müssen verändert werden, sondern die Bedingungen, mit denen ihr Erwachsenwerden belastet wird.« (Klaus Breymann, Oberstaatsanwalt in Magdeburg)

Anmerkungen zur Rolle der Instanzen sozialer Kontrolle, insbesondere zur Polizei und Justiz

Familie: Die Erziehungsfähigkeit der Familie verflüchtigt sich mit zunehmender Diversifizierung und dem Verlust familiärer Bindungen. Normvermittlung und ethisch-moralisches Lernen finden zunehmend in der Peergroup und auf der Straße statt. Konsequenzen aus dieser Einsicht werden allerdings nicht gezogen. Ich kann Verantwortungsbewußtsein und Erziehungsfähigkeit nicht anordnen, ich kann nur versuchen, Ersatz-Lernorte (z. B. im schulischen Bereich) zur Verfügung zu stellen.

Kindergarten und Schule: Die Schule und zunehmend auch schon der Kindergarten werden als Institution zur Vermittlung kognitiven Wissens und zur Vorbereitung auf den späteren (dann aber oftmals nicht vorhandenen) Arbeitsmarkt gesehen. Sie werden nicht als Bestandteil der kindlichen bzw. jugendlichen Lebenswelt und als Möglichkeit, soziales Lernen zu ermöglichen, erkannt oder entsprechend genutzt. Allein die in Deutschland praktizierte Zeiteinteilung in beiden Institutionen widerspricht massiv kindlichen und jugendlichen Bedürfnissen.

Jugend- und Sozialamt, Jugend(hilfe)einrichtungen verschiedenster Art: Aus der Sicht der Betroffenen sind diese Einrichtungen häufig in vielfacher Hinsicht überfordert und werden als bürokratische Einrichtungen wahrgenommen.

Polizei: Die Polizei bzw. der einzelne Polizeibeamte oder die -beamtin stellt häufig den ersten intensiven Kontakt zwischen delinquenten Jugendlichen und Erwachsenen und Vertretern des Staates dar. Entsprechend nachhaltig ist dieser Eindruck und entsprechend intensiv sollte der Umgang mit solchen Situationen sein. Hier wäre ein weiter Ermessensspielraum für die Polizei im Umgang mit jugendlichen Fehlverhaltensweisen wünschenswert und notwendig (Stichwort: Diversion).

Eine kurze Anmerkung zum sog. »Strafgeld«: Dieser aktuelle Vorschlag verstößt meiner Meinung nach gegen die Grundprinzipien unseres Rechtssystems und ist daher abzulehnen. Es gibt viel leichter praktikierbare und zudem rechtlich zulässige Lösungen, wie z.B. die Delegation der staatsanwaltschaftlichen Einstellungsbefugnis auf die Polizei.

Neoklassizistischen Tendenzen in der Gesellschaft folgend mehrten sich gerade in jüngster Zeit wieder Stimmen, die in einer Verstärkung insbesondere staatlicher Repression das probate Mittel im Kampf gegen (vermeintlich) direkt oder indirekt wahrgenommene (Alltags-)Aggression und – ständig steigende? – Kriminalitätsraten sehen. Auch im westlichen Ausland vollzieht sich ähnliches. Ausweitungen des Strafrechts nach unten – in bezug auf das Lebensalter – oder nach oben – in bezug auf die Strafhöhe – sind die Maßnahmen, von denen man sich Besserung verspricht. Selbst in den als liberal geltenden Niederlanden ist die Rede von Arbeitslagern für 16- bis 23jährige Jugendliche, die als therapieresistent beleumundet sind. Und England hatte sogenannte Boot-Camps eingerichtet, um der Jugend zu zeigen, »wo's lang geht«. Anfang 1998 machte dann auch (wieder einmal) bei uns die Diskussion die Runde, ob nicht doch geschlossene Heime notwendig sind. »Kinderknäste werden wieder salonfähig« und »Problemkids hinter Gitter« titelte die taz vom 26. Februar 1998 auf Seite 3 und sprach von »verunsicherten Pädagogen«, denen die »Sicherheitsexperten« der Polizei und der Justiz beispringen. Die zumindest teilweise dahinterstehende »Einsperren-und-den-Schlüssel-Wegwerfen«-Mentalität wird bei dem folgenden Zitat deutlich. Es handelt sich dabei um die Antwort eines Innenministers auf die Frage, ob sich denn in geschlossenen Heimen gewalttätige Ver-

haltensmuster nicht noch verschärfen würden: »Manche Jugendliche können durch eine Heimunterbringung gar nicht mehr verdorben werden. Da gibt es 13jährige, die schon über fünfzig Straftaten haben. Wie wollen Sie die wieder resozialisieren? An die kommt man nicht mehr ran, und die können auch nichts mehr dazulernen.« (taz-Interview vom 26. 2. 1998, S. 3)

Dabei ist einer der wenigen in der kriminologischen Forschung unumstrittenen Befunde, daß für die weit überwiegende Zahl jugendlicher Delinquenten der episodenhafte und somit vorübergehende Charakter der Deliktsbegehung im Jugendalter typisch ist. Angesichts dessen und der Gewißheit, daß (zusätzliche) Stigmatisierung durch Repression, insbesondere Inhaftierung zumindest für den Resozialisierungsaspekt keinerlei Nutzen haben kann, wäre es höchst kontraproduktiv, ausschließlich oder vorrangig auf repressive Maßnahmen zu setzen.

Von der Konsequenz der Moderne: Leben mit der Gewalt

Moderne Gesellschaften sind gekennzeichnet durch zunehmende Individualisierung von Lebensstilen, zunehmende und unterschiedlich betriebene (Sekten, Drogen- und Alkoholabhängige, »workaholics«) Suche nach Lebenssinn, zunehmende Marginalisierung und Filtering-Down-Prozesse, d. h. eine zunehmende Ausdifferenzierung innerhalb der Gesellschaft mit dem Ergebnis, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Hinzu kommt die zunehmende Entfremdung innerhalb der Deutschen und gegenüber, aber auch innerhalb der Ausländer untereinander, eine Kommunikationsverarmung und daraus resultierend geringere Interaktionsintensität, niedrigere Toleranzgrenzen und geringere Bereitschaft, Konflikte informell zu lösen. Dies alles resultiert in einer zunehmenden »Unwirtlichkeit der Städte«, die allerdings von Alexander Mitscherlich bereits in den 60er Jahren beschrieben wurde, ohne daß sich seit dieser Zeit in der Stadtplanung etwas maßgeblich geändert hätte. Aus dieser Entwicklung folgen Unsicherheit, Mißtrauen, Angst und verstärkte Isolierung. Die Ursachen für vom Einzelnen als negativ

empfundene Entwicklungen werden wahrnehmbaren Gruppen wie Jugendlichen und Ausländern zugeschrieben mit dem Ergebnis, daß hier »Sündenböcke« für gesellschaftliche Entwicklungen gesucht und gefunden werden. Beispiel hierfür sind die Tendenzen in den USA, das Problem der Jugendkriminalität mit abendlichen Ausgangssperren oder radikalen Strafbestimmungen (lebenslängliche Freiheitsstrafe bei der dritten Verurteilung – »three strikes and you are out«) zu lösen. Im Ergebnis wird damit aber weniger eine Reduzierung von Kriminalität als eine Verschärfung der Situation und eine weitere Verödung innerstädtischer Bereiche erreicht.

Statt dies alles zu berücksichtigen, basiert die offizielle Sicherheitspolitik aber – wie immer in Zeiten, die als »krisenhaft« empfunden werden – auf einem grundlegenden Irrtum. Man glaubt, daß der »innere Frieden« und das Sicherheitsgefühl der Bürger durch mehr Polizei und mehr und härtere Strafen positiv beeinflusst werden können. »Mehr vom selben« bringt aber auf Dauer keine Lösung, dies hat schon Paul Watzlawick überzeugend dargelegt.

Mit dem Zitat eines Straßenkindes habe ich begonnen, mit dem Zitat des Soziologen Oskar Negt möchte ich enden: »Der räuberische, jede Form der Solidarität und der Gefühlswelt des Mitleidens beschädigende Kampf um Erfolg, dieser Sozialdarwinismus, bei dem nur die Bestausgestatteten überleben, hat jetzt jene erfaßt, die bei diesem Kampf auf der Strecke geblieben sind. Sie sind Kinder dieser Gesellschaft, Opfer und blutige Täter in einem.«